

Der Proletarier.

Organ des Verbandes der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

No. 10.

Diese Zeitung erscheint alle vierzehn Tage Sonnabends. Preis pro Quartal durch die Post bezogen 65 Pf. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6175.

Hannover,
Sonnabend, 20. Mai 1899.

Inserate kosten pro gespaltene Zeile oder deren Raum 15 Pf. Offertenannahme 10 Pf. Redaktion: Reinstr. 31. Verlag: Coseriu 9A.

8. Jahrg.

Ämtliche Zeugnisse für Verkürzung der Arbeitszeit.

Die bis jetzt erschienenen Berichte der Gewerbe-Aufsichtsbeamten für das Jahr 1898 — die bayrischen, der badische und die württembergischen — enthalten so manche Beobachtung, die gerade jetzt, da die Arbeiter wiederum ihre Stimme für den Achtstundentag erhoben haben, von ganz besonderem Interesse ist.

Vor allen Dingen ergibt sich, daß auch jetzt noch die Arbeitszeit in den Fabriken und in noch stärkerem Maße im Handwerk weit über jedes vernünftige Maß hinausgedehnt wird. In den 417 Fabriken und 114 handwerksmäßigen Betrieben zum Beispiel, welche in Niederbayern revidiert worden sind, betrug die Arbeitszeit

a) in den Fabriken:	
unter 10 Stunden in	4,1 Prozent der Betriebe
10	36,2
10—11 und 11	24,7
11—12	17,5
über 12 bis 18	17,9
b) im Handwerk:	
unter 10 Stunden in	7 Prozent der Betriebe
10	18,2
10—11 und 11	22,3
11—12	23,3
über 12 bis 18	29,2

Die Arbeiter mit einer Arbeitszeit von weniger als 10 Stunden bilden also selbst in den Fabriken ein geradezu verschwindend kleines Häuflein. Die große Masse der Arbeiter wird viel länger — bis zu achtzehn Stunden! — in dem ewigen Einerlei der Erwerbsarbeit festgehalten. Hierbei sind aber die überaus häufigen Ueberstunden noch gar nicht berücksichtigt. Am schärfsten jedoch zeigt sich die Sorge der Unternehmer für das Wohl der Arbeiter beim Schichtwechsel. So wurde in Schwaben in einem städtischen Wasserwerke eine 24stündige und in einer Mühle sogar eine 36stündige Arbeitszeit festgestellt.

Ueber die schädlichen Wirkungen solcher Arbeitszeiten kann selbstverständlich kein Mensch im Unklaren sein. Wir führen deshalb nur die wichtigsten diesbezüglichen Beobachtungen an. In einem für diese Mißstände typischen Orte des zweiten württembergischen Kreises machen sich die schädlichen Folgen jahrelang den Kindern zugemutheter, übertriebener Arbeitszeit und angestrenzter Thätigkeit eines großen Theils der Bevölkerung allmählich fühlbar: die Bevölkerung ist nicht mehr so kräftig wie früher, und die Schwindsucht nimmt unter ihr in bemerkenswerthem Grade überhand. Eine ähnliche Beobachtung wird auch aus Baden berichtet. Dort wird in mehreren Industriezweigen mit vorherrschender Frauenarbeit das Aussehen der Arbeiterinnen etwa vom 30. Lebensjahre an „ein augenfällig ungnädiges“. Hieraus wird mit Recht geschlossen, daß für jene Arbeiterinnen die Arbeitszeit von 11 Stunden „zu einem vorzeitigen Verbrauch des vorhandenen Kapitals an Gesundheit führt“. Auch der Bericht für den dritten württembergischen Kreis kommt zu diesem Schluß und zwar bezüglich der Arbeitszeit der verheirateten Frauen, die nicht nur die 11 Stunden in der Fabrik, sondern auch noch mehrere Stunden im Haushalt schaffen müssen.

Zu einem ziffernmäßigen Ausdruck gelangen die Folgen der unverhältnißigen Abnutzung der Arbeiter in der nachstehenden Tabelle. Im 3. württembergischen Kreis ereigneten sich:

zwischen 6—9 Uhr Morgens	18,2 Proz. aller Unfälle,
9—12	23,8
12—3	Mittags 15,7
3—6	32,2
Nachts	6,1

Die Unfallgefahr ist also am geringsten in den drei ersten Morgenstunden und steigt gegen Mittag. Für die Zeit von 12 bis 3 Uhr Mittags muß in Betracht gezogen werden, daß während der ersten Nachmittagsstunden der Betrieb ruht. Wird dementsprechend der Prozentsatz erhöht, so ergibt sich ungefähr dieselbe Zahl wie für die Zeit von 9 bis 12 Uhr Morgens. Hieron aber scheidet die erheblich größere Unfallgefahr in den letzten Stunden, 3 bis 6 Uhr Mittags, scharf ab. Je größer also die Abspannung der Arbeiter, desto häufiger die Unfälle.

Diese Beobachtungen werden bestätigt durch die Erfahrungen, die man überall dort gemacht hat, wo die Arbeitszeit verkürzt worden ist. Derartige Mittheilungen liegen aus Württemberg und Baden vor. Durch die

Verkürzung der Arbeitszeit werde nicht nur die Intensität der Arbeit erheblich gesteigert, sondern es hebe sich auch die Intelligenz der Arbeiter.

Die aufgeklärten Arbeiter haben denn auch alle Kräfte eingesetzt, um eine Verkürzung der Arbeitszeit herbeizuführen. Die meisten Unterhandlungen und Streiks drehen sich um diese Forderung. In manchen Fällen ist auch ein günstiger Erfolg nicht ausgeblieben. So erstrebt und wichtig dies ist und so sehr es die Arbeiter anspornen muß, ihre Organisation immer mehr auszubauen: darüber darf man sich nicht täuschen, daß es sehr lange dauern würde, bis auf diesem Wege das Nothwendige erreicht ist. Deshalb muß die Gesetzgebung hier eingreifen und die Arbeitszeit regeln, wie es die Rücksicht auf die körperliche und geistige Gesundheit der Arbeiter gebietet.

Der dritte deutsche Gewerkschafts-Kongress.

Streng genommen war es nicht der dritte Kongress deutscher Gewerkschaften, der da am 8. Mai in Bodenheim eröffnet wurde und mit 130 Delegirten besetzt war, die über 500 000 Mitglieder vertraten; es war nur der dritte Gewerkschafts-Kongress nach dem Fall des Sozialistengesetzes und dem Aufblühen der Gewerkschaftsbewegung moderner Richtung. Der erste Gewerkschafts-Kongress hat am 26. September 1868 in Berlin getagt, auf denselben waren 142 008 Mitglieder durch 206 Delegirte vertreten. Ein zweiter Kongress ist dann am 15. Juni 1872 in Erfurt zusammen getreten; 60 Orte hatten Delegirte gesandt, welche 9920 Mitglieder vertraten.

Der dritte Gewerkschafts-Kongress — nennen wir ihn immerhin den dritten — dürfte seine Vorgänger an Arbeitsleistung, sowohl was deren Fülle als auch Gründlichkeit anbelangt, gewaltig überragen. Kein Kongress hat eine solche Fülle praktischer Fragen zu erledigen gehabt, kein Kongress hat so ruhig und sachlich sein Arbeitspensum bewältigt wie dieser. Das kann als Beweis gelten, daß die deutsche Gewerkschaftsbewegung nicht nur in die Breite, sondern auch in die Tiefe gegangen ist, daß ihre Vertreter Routine besitzen, die zur Bewältigung schwieriger Fragen notwendig ist.

Der Reichenschafts-Bericht des Vorsitzenden der Generalkommission legten verbreitete sich in seinem allgemeinen Theile über die Bestrebungen der Regierung, einen neuen Arbeitertrug herbeizuführen, und befandete das Wachstum der Gewerkschaften, welches letzteres zurückgeführt ward auf den wirtschaftlichen Aufschwung und die polizeiliche Bekämpfung der Gewerkschaftsbewegung. Der Kassenbericht möge in seinem wesentlichen Theile hier Platz finden:

Einnahme:	
Kassenvortrag	35 720,44 M.
Quartalsbeiträge	115 680,53
Brotschriften:	
a) Protokolle	1 360,10
b) Reichenschaftsberichte	10,70
c) Organisationsfrage	32,—
d) Anl. z. Vereins- u. Versammlungsrecht	590,03
e) Hafenarbeiterstreik	2 649,26
f) Bauarbeiterstreik	30,70
g) Mißstände im Baugewerbe	857,18
h) Arbeiterinnen im Klassenkampf	547,90
i) Koalitionsrecht in Theorie und Praxis	362,26
Abonnement für „Correspondenzblatt“	402,27
Abonnement für „L'Operaio Italiano“	1 999,48
Zinsen	863,79
Zur Deckung des Defizits	72,08
Zurückgehaltene Darlehen	35 170,—
Diverse	4 925,78
Zurückgehaltene Porto für Flugblätter zc.	1 024,65
Summa	202 299,15 M.

Ausgabe:	
Agitation	29 563,59 M.
Drucksachen:	
a) Correspondenzblatt	12 660,35
b) Flugblätter	10 858,60
c) Protokolle v. zweiten Gewerkschafts-Kongress	2 540,—
d) Hafenarbeiterstreik	2 571,—
e) Mißstände im Baugewerbe	1 712,—
f) Bauarbeiterstreik	360,—
g) Arbeiterinnen im Klassenkampf	699,50
h) Koalitionsrecht in Theorie und Praxis	5 996,—
i) Reichenschaftsberichte für 1895/96	110,—
k) Berichte an den int. Kongress in London	274,—
l) Sitzungsprotokolle d. Gewerkschafts-Ausschusses und der Redaktion-Konferenz	515,50
m) Inhaltsverzeichnis d. „Correspondenzblatt“	56,—
n) Zirkulare, Quittungen, Adressen, Fragebogen zc.	4 145,67
o) Fragebogen z. Statistik i. graph. Gewerbe	407,—
p) Marken	100,—
q) „L'Operaio Italiano“	1 553,20

Porto:	
a) Correspondenzblatt	8 782,13 M.
b) Brotschriften	946,50
c) Flugblätter	1 450,45
d) Briefe, Telegramme, Bestellgeld für Sendungen zc.	946,02
e) „L'Operaio Italiano“	47,97
Gehälter	14 919,90
Sitzungen der Kommission	665,65
Kosten des zweiten Gewerkschafts-Kongresses	1 062,33
Delegationen zu Kongressen u. Generalversammlungen	3 153,85
Honorare und Uebersetzungen	1 496,50
Expedition des „Correspondenzblatt“	1 831,20
Verwaltungslosten (Papier, Postmaterial, Miete, Bücher und Zeitungen)	3 990,05
Darlehen an die Verbände	52 830,—
Eingeladene Streikgelder und Zinsen zurück	555,03
An das Altonaer Gewerkschafts-Kartell zurück	1 100,—
Zurückgezahlte Darlehen	2 000,—
Diverse Ausgaben (Anwalts- u. Gerichtslosten, Zuschuß zum „L'Operaio Italiano“)	2 286,26
Kassenbestand am 31. März 1899	34 792,90
Summa	202 299,15 M.

Bilanz:	
Kassenbestand am 31. März 1896	35 720,44 M.
Einnahme	166 578,71
	202 299,15 M.
Ausgabe	167 506,25
Kassenbestand am 1. April 1899	34 792,90 M.

Stand des Darlehens am 31. März 1896	17 220,— M.
Zurückgezahlt	2 000,—
Stand des Darlehens am 31. März 1899	15 220,— M.
An einzelne Verbände waren am 31. März 1899 von der Generalkommission ausgeliehen	17 660,— M.

Eine Zusammenstellung der wichtigsten Beschlüsse bringen wir in nächster Nummer.

In letzter Stunde hatte der Kongress sich mit unserer Organisation zu befassen. Veranlassung bot ihm ein Antrag der Generalversammlung des Verbandes der Lederarbeiter, der schließlich zurückgezogen und an dessen Stelle folgende Resolution vorgelegt wurde, welche die Unterschriften all jener Organisationsvertreter trug, die da wähen, unsere Organisation nehme ihnen unberechtigter Weise Mitglieder weg. Diese Resolution lautet:

„Unter Bezugnahme auf den Antrag 36 der gedruckten Vorlage, wolle der Kongress erklären:

Es ist unzulässig, daß seitens einzelner Organisationen Mitglieder aufgenommen werden, für welche ihrer Beschäftigung nach eine Berufsorganisation besteht. Ganz besonders ist die diesbezügliche Agitation zu verurtheilen, wenn dieselbe unter Hinweis auf niedrige Beiträge geschieht.“

Dieser Resolution gab der Kongress ja auch seine Zustimmung. Und fast gleichzeitig beschloß er, die Generalkommission zu veranlassen, unter Mitarbeit der betreffenden Verbandsvorstände die Grenzen abzustechen, die bei Aufnahme von Mitgliedern zu beobachten sind. Daß dies einfach unmöglich ist, steht für uns fest, und hat auch die Verathung des Antrages 31, gestellt vom Verband der Brauer (Zahlstelle Hamburg), bewiesen. Der Antrag lautet:

Der Gewerkschafts-Kongress beschließt: Alle in der Brauerei beschäftigten Arbeiter: Brauer, Böttcher, Brauerhilfsarbeiter, Bierkutscher, Stallleute, Heizer, Maschinisten und Arbeiter in Flaschentellern, haben sich für die gesammten Brauereiarbeiter bestehenden Organisation, dem Zentralverbande der Brauer und Berufsgenossen, anzuschließen.“

Die in dem Antrage genannten Böttcher halten sich vorläufig noch fähig und mächtig, an ihrer Berufsorganisation, dem Verbande der Böttcher, fest zu halten. Sollten sie einmal untersuchen müssen, welcher Organisation sie sich anschließen sollen, so kommt als einzige Organisation der Verband der Holzarbeiter in Frage.

Die weiter in dem Antrage genannten Maschinisten und Heizer werden sowohl von dem Verband der Metallarbeiter als auch von dem der Maschinisten und Heizer beansprucht. Die Bierkutscher und Stallleute werden reklamiert von dem in jüngster Zeit gegründeten Verband der Transport- und Verkehrsarbeiter, selbstverständlich ist auch ein Theil der Bierkutscher und Hilfsarbeiter in unserer Organisation. Das gab dem Vertreter des Antrages Veranlassung, ganz unqualifizierte Angriffe auf unsere Organisation zu machen, er betraute die Sache so darzustellen, daß unsere Organisation erst in jüngster Zeit „auf der Bildfläche“ erschienen sei. Daß unsere Organisation die älteste Zentralorganisation aller ungelerten Arbeiter ist, braucht so ein Mann nicht zu wissen, um so leichter wird es dann, gegen uns den Vorwurf zu schleudern, unsere Verbände-

genossen betrieben zum Schaden anderer Verbände eine unläutere Agitation. Und so behauptete man ganz unverblümt, das Wachstum unserer Organisation sei auf das Betonen unserer niedrigen Beiträge zurückzuführen. Thatsächlich sind unsere Beiträge erhöht worden, und daß unsere Organisation Mitglieder besitzt, die ihre andere Organisationen beitreten, ist aus ganz anderen Ursachen zu erklären. Das ist den Leuten, die mit Scheelsucht und Neid auf unsere Entwicklung blicken, von der Kollegin Zieh bei Begründung des Antrages 34 denn auch gesagt worden. Leider konnten unsere Vertreter bei Beratung obiger Resolution wegen Schluß der Debatte nur kurze Erklärungen im Rahmen persönlicher Bemerkungen abgeben. Gewiß haben wir Mitglieder, die anderen Organisationen angehören könnten, ebenso gut wie andere Organisationen Mitglieder haben, die mit Fug und Recht zu unserer Organisation gehören müßten. Warum sind erstere bei uns? Dafür giebt es eine ganze Reihe Antworten. Die Aufklärung über die ökonomischen Zusammenhänge und das Wirken der technischen Entwicklung konnten bis zum Jahre 1890 nicht entfernt so betrieben werden wie heute. Wie man damals oft der Anschauung begegnete, daß die Beschäftigung der Frauen und erwachsenen Mädchen grundsätzlich zu bekämpfen sei, weil sie dem männlichen Arbeiter Konkurrenz bereiteten, so begegnete man auch der Ansicht, daß der ungelernete Arbeiter der Feind des gelernten sei, und behandelte den ersteren entsprechend dieser Anschauung. Die Erinnerung an die Behandlung aus jener Zeit ist bei vielen der ungelerneten Arbeiter noch frisch und hat heute noch erbitternde Wirkung.

Unsere Organisation hat Eingang gefunden in Orten, an denen ganz oder in vorwiegendem Maße die Landwirtschaft und deren Nebenbetriebe die Hauptquelle des Erwerbes für die Arbeiter bilden. Unsere Organisation bietet allein dem Landarbeiter Gelegenheit zur Vereinigung. In der Landwirtschaft, in den landwirtschaftlichen Nebenbetrieben, in den Zuckerraffinerien und Brennereien herrscht aber ein großer Wechsel, ein Anziehen und Abstoßen der Arbeitskräfte; unsere in solchen Gegenden und Orten gewonnenen Mitglieder kommen dann nun selbstverständlich bei diesem Wechsel auch in Berufe, in welchen andere Organisationen vorherrschen.

Unsere Mitglieder haben sich über die Frage, Zentralisation oder Lokalorganisation, oder Lokalorganisation unter Leitung eines zentralen Vertrauensmännersystems, nicht lange gefirrtet und sich eine Zentralorganisationsform gegeben zu einer Zeit, in der man nicht ahnen konnte, daß im Jahre 1896-97 oder da so herum eine Organisation der Transportarbeiter gegründet würde, sonst konnten wir vielleicht verschiedene Personen auf diese Zeit verkröfteln, das Warten wäre ihnen durch die lieblichen Blüten, welche der Streit der feindlichen Brüder in Formfragen zeitigte, vielleicht verkürzt worden. Daß wir die Leute durch Aufnahme in unseren Verband davor bewahrt haben, sich von Zweifeln über die Form der Organisation zu zucken und zu lassen, rechnen wir uns als Verdienst an.

Seit Gründung der Generalkommission haben wir einen Sitz in dieser gehabt, diesen haben wir nun verloren, verloren in einer Zeit, in welcher wir uns zu den größeren Organisationen rechnen können, und also mit größerem Rechte Vertretung in dieser Körperschaft suchen, denn früher.

Schon in den ersten Tagen des Kongresses ward unseren Vertretern klar, daß die bedeutendsten Organisationen gegen unsere Vertretung in der Generalkommission waren. Ob persönliche Antipathie oder solche gegen die Organisation Beranlassung der Segnerchaft war, ist schwer zu entscheiden. Zu vermuten ist das Letztere, denn wir präsentierten als Vertreterin Frau Zieh, eine kenntnisreiche, erprobte Arbeiterin, leider hat auch sie die erforderliche Anzahl Stimmen nicht erhalten. Die Generalkommission ist nun gebildet aus zwei Vertretern des Baugewerbes, zwei Holzarbeitern, einem Buchdrucker, einem Schneider und einem Zigarrenmacher. Die eigentliche Großindustrie, welche die wichtigsten Klassen Arbeiter und Arbeiterinnen liefert, ist überhaupt nicht darin vertreten. Die jetzige Zusammensetzung der Generalkommission konzentrierte auch den Vertretern des Metallarbeiterverbandes nicht, die erklären ließen, daß sie aus der nicht erfolgten Wahl ihres präsentierten Vertreters die Konsequenzen für die Beschäftigung des Gewerkschafts-Anschlusses ziehen, soll wohl heißen, diesen nicht beizubehalten. Soweit gehen wir nicht. Wir erblinden in unserm Eindrücken aus der Generalkommission keinen Akt der Gerechtigkeit; in der jetzigen Zusammensetzung ist die Generalkommission keine praktische, allen Gewerkegruppen Rechnung tragende Vertretung; wir betrachten es als Rückschritt, daß die Arbeiterinnen keine Vertretung in der Generalkommission mehr haben, aber das wird uns nicht hindern, mit der Generalkommission zusammen zu arbeiten. Vielleicht findet was der nächste Kongress so stark, daß wir unsere Vertretung und damit die Vertretung der Arbeiterinnen fordern können!

Vom sozialen Kampfplage.

— In Dessen ist der Versuch, den Streit der Arbeiter auf Balkenbühnen durch Vergleichs-Verhandlungen zu beenden, fehlgeschlagen. Die Hoffnungen, welche die freilebenden Arbeiter auf den Herrn Oberbürgermeister von Dessau setzten, daß dieser die Forderungen von einer wohlwollenden Prüfung der Forderungen veranlassen würde, sind gescheitert worden. Dem Herrn Oberbürgermeister lag eine Beendigung

des Streiks unter allen Umständen mehr am Herzen, als die wenn auch nur theilweise Begründung der Ursachen, die den Streit zeitigten. So sind die Verhandlungen resultatlos verlaufen.

Unsere Kollegen an allen Orten sollen nicht vergessen, daß die gegenwärtige Kampfes-Situation an die finanzielle Leistungsfähigkeit des Verbandes große Anforderungen stellt. Kein Kollege verfähme daher, die Steuer zum Streikfonds zu entrichten. Nach dem Kasseler Verhandlungstage ist jedes Mitglied verpflichtet, monatlich mindestens eine Marke zu nehmen, wer mehrere abnehmen will, dem bleibt dies unbenommen.

— In Eschershausen steht der Ausstand der Steinmeger noch auf demselben Fleck. Herr Watermann, der erst seine Arbeiter zur Einreichung eines Lohnvertrages veranlaßte und geneigt war, mit ihnen über Differenzen zu verhandeln, lehnt merkwürdiger Weise jetzt jede Verhandlung ab. Jedenfalls haben ihn einige von denen, die Stumm abgeduckt haben, wie er sich räuspert und wie er spalt, scharf gemacht. Daß er gerade diesen Einflüsterungen Gehör geschenkt, dürfte kaum in seinem Interesse liegen eine rasche Verständigung mit seinen Arbeitern dürfte mit eher zu seinem Besten gewesen sein. Die Arbeiter denken nun daran, sich anderweit Beschäftigung zu suchen, diese werden sie eher finden, als Herr Watermann brauchbare Arbeitskräfte.

— Der Bauarbeiterstreik in Garburg ist beendet. In einer gut besuchten Versammlung der Bauarbeiter bei Büßenhoff erstattete Koch den Situationsbericht, worüber eine längere und erregte Debatte entstand, an der sich auch Mitglieder des Hauptvorstandes, sowohl der Bauarbeiter als auch der Maurer, beteiligten. Von der Lohnkommission wurde folgende Resolution zur Annahme empfohlen:

„In Anbetracht, daß die Maurer schon beschloffen haben, am Sonnabend die Arbeit wieder aufzunehmen, und daß durch den neuesten Beschluß der „Baubütte“, wonach den Stein- und Kalkträgern vom 1. August ab ein Stundenlohn von 45 Pfg. bezahlt werden soll, doch ein Vortheil erreicht ist, wird beschloffen, die Arbeit ebenfalls morgen, Sonnabend, 6. Mai, wieder aufzunehmen.“

In geheimer Abstimmung stimmten 97 für und 39 gegen die Resolution. Diese war damit angenommen und der Streit beendet. Sieger und Besiegte bleiben auf diesem Kampfplatz nicht. Durch gegenseitiges Entgegenkommen und energisches Zusammenhalten der Maurerarbeitende ist es gelungen, in kurzer Zeit eine Einigung zu erzielen. Die vorwurfsfreie Haltung der Streikenden dürfte wohl von allen Seiten Anerkennung gefunden haben.

— Bei der Firma Feins u. Asbed in Garburg stellten Sonnabend, den 13. Mai, Morgens 45 Kollegen die Arbeit ein, weitere 10 Kollegen werden folgen, so daß die Zahl sich auf 55 belaufen wird. Der Verdienst der Arbeiter war an den Pressen 2,95 Mk., Bodenarbeiter 2,85 Mk., Gosschacht 2,65 Mk. In Arbeit sind geblieben etwa 10 Mann, aber nur solche, die ihre Gesundheit auf der Fabrik gelassen haben. Die Meinung der Herren Fabrikleiter, daß zwei Drittel auf der Fabrik bleiben würden, hat sich nicht bewahrheitet. Die Mehrzahl der Streikenden ist organisiert.

Diese Arbeitseinstellung ist eine Folge jenes Unternehmerrandpunktes, der da annimmt, der Unternehmer verzicht seiner Würde etwas, wenn er mit seinen Arbeitern über Differenzen unterhandelt und letzteren entgegenkommt. Die Arbeiter hatten ihre Forderung auf 15 Pfg. herabgesetzt, aber „Nein“ war die Antwort der Betriebsleitung; sie mußten erst die Arbeit einstellen, dann bot man ihnen pro Tag 5 Pfg. mehr. Fünf Pfennig pro Tag, dreißig Pfennig die Woche, 1 Mark 20 Pfg. pro Monat, 14 Mark 40 Pfg. pro Jahr — ein gewaltiges Opfer wollte die „Arbeiterfreundlichkeit“ sich da anerkennen.

— In Magdeburg sind die Differenzen, welche die Arbeiter der Ahrends'schen Metallwerke mit ihrem Unternehmer haben, noch nicht beigelegt; dasselbe ist von den Bauarbeitern in Weitzenfels zu berichten. In Jechse und Speyer bahnen die Bauarbeiter mit den Bauunternehmern zwecks Verbesserung des Stundenlohnes Verhandlungen an.

— Gesundheitsstatistik. Am 1. März d. J. befanden sich im städtischen Obdach zu Berlin 27 Familien mit 92 Personen und 82 Einzelpersonen. Am 1. April war der Bestand 42 Familien mit 142 Personen und 93 Einzelpersonen. — Im Monat Februar wurde das Obdach von 42 692 nächtlich Obdachlosen und zwar von 41 607 Männern und 1085 Frauen benutzt. Von diesen Personen wurden 106 horigen Krankenhäusern, 90 der Krankenstation des Obdachs, 2 der Anstalt für Epileptische, Wuhlgarten und 119 der Polizei überwiesen. Gebadet haben im Obdach im Februar 16 650 Personen.

Polizeiliches, Gerichtliches.

Der Politischerklärung unserer Zählstelle Pödejud ist rasch nach Verlauf von acht Tagen die Schließung gefolgt, wie nachstehende Verfügung beweist:

Zudemwolle, den 15. April 1899.
An den ersten Bevollmächtigten des Verbandes der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Herrn Berndt zu Friedensburg.
Nachdem unter dem 7. d. Mts. J. No. 495 der Verband der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Ar-

beiterinnen Deutschlands (Zahlungsstelle Pödejud nach § 8 des Gesetzes vom 11. März 1850 vom Amt als ein politischer Verein erklärt worden ist, wird die Zahlungsstelle resp. dieser Verein so lange aufgehoben, bis die Statuten und das Mitglieder-Verzeichnis gemäß § 2 derselben Verordnung dem Amt eingereicht sind.

Der Verein resp. die Zahlungsstelle hat so lange zu ruhen, bis die neuen Statuten diesseits genehmigt sind.

Der Amtsvorsteher.
(Name unleserlich.)

Natürlich wird ein gerichtliches Verfahren eingeleitet, in dessen Verlaufe festgestellt werden wird, wie lange die Zahlungsstelle resp. dieser Verein „aufgehoben“ bleiben soll. Die polizeiliche Verfügung diktiert ja, die Zahlungsstelle habe so lange zu ruhen, „bis die neuen Statuten diesseits genehmigt sind“. So einfach und sicher liegt die Sache für die Polizei denn doch nicht. Nach den Bestimmungen des preussischen Vereinsgesetzes ist den Gerichten Gelegenheit zu geben, zu prüfen und zu beschließen, ob ein Verein sich gegen das Vereinsgesetz vergangen, und wenn diese Mißthat schon vorliegt, so unterliegt es wiederum dem Beschluß des Ger. des, diese That zu sühnen; damit ist noch lange nicht gesagt, daß die Sühne in Schließung des Vereins, welche nach dem klaren Wortlaut des Vereinsgesetzes nur eine vorläufige sein kann, bestehen soll. Bisher hat noch kein Gericht in den gegen uns anhängig gemachten Verfahren auf Schließung einer Zahlungsstelle erlannt; aber in Pödejud rechtfertigt das polizeiliche Belastungsmaterial am allerwenigsten einen Rechtspruch auf Schließung unserer Zahlungsstelle!

Wo ist denn in dem Vereinsgesetze gesagt, daß die Polizeibehörde die Genehmigung der Statuten zu vollziehen hat? Nirgends. Lediglich zur „Kenntnisnahme bringen wir die Statuten, der Genehmigung durch die Polizeibehörde bedürfen dieselben nicht. Das sollte man auch in Pödejud wissen!

Von der Agitation.

Anläßlich des dritten Gewerkschaftskongresses in Frankfurt a. M. hatten die dortigen Kollegen die Gelegenheit benützt, um eine Reihe von Versammlungen für einige Delegirte unseres Verbandes zu arrangiren. In Offenbach a. M., wo Kollegin Zieh-Hamburg am 5. Mai sprach, war die Versammlung leider nur schwach besucht. Es ist den Offenbacher Kollegen der Vorwurf nicht zu ersparen, daß sie es an der nötigen Agitation zu der Versammlung hatten fehlen lassen. Wir meinen, wenn man auf die Tagesordnung setzt: „Der Kampf der weiblichen Arbeiter um ihre Existenz“, so hat man vornehmlich unter den Arbeiterinnen für die Versammlung Propaganda zu machen. Jedoch war nach dieser Richtung hin absolut nichts geschehen. So waren denn auch zwei Drittel der Anwesenden Männer. In der lebhaften Debatte, die sich an den Vortrag schloß, beteiligten sich die Kollegin Tröger, Kollege Rohn und Andere, die durch Beispiele aus ihrer eigenen Erfahrung die Ausführungen der Referentin ergänzten. Aufgenommen wurden 18 Mitglieder, darunter einige Frauen.

In Mählheim a. M. war die Versammlung sehr gut besucht und war der greifbare Erfolg dieser Versammlung die Aufnahme von 21 Mitgliedern.

In Dieblich war wieder absolut nichts geschehen für Agitation. Weder Annonce, noch Plakat, noch Laufzettel, lediglich nur eine Notiz im Vereinskalender der Frankfurter „Volksstimme“ war erschienen. Der „Vorwärtende, Genosse Streb, hatte versprochen, Plakate zu schicken und die Tagesordnung mitzutheilen, jedoch war am Tage der Versammlung noch nichts angekommen. Trotzdem war in Folge mündlicher Agitation unter den organisierten Arbeitern die Versammlung leidlich besucht. Aber just die Versammlungsbesucher, worauf wir reflektiren, die Unorganisierten, fehlten, in Folge dessen war denn auch nur eine Aufnahme von 11 neuen Mitgliedern zu verzeichnen. Erfolglos sind selbst schwach besuchte Versammlungen ja immerhin nicht, es gilt ja nicht nur neue Mitglieder zu werben, sondern auch die alten anzufeuern zu neuem Schaffen, ihr Klassenbewußtsein zu schärfen, ihr Solidaritätsgefühl zu stärken. Aber nach beiden Richtungen hin könnte bedeutend mehr erreicht werden, wenn man bei den Vorarbeiten mit größerem Eifer an's Werk gehen würde. Wir erwähnen dies durchaus nicht etwa aus Luft zum Tabak, sondern lediglich, um einen Fingerzeig für die Zukunft zu geben, also aus Verbandsinteresse.

Am Sonntag sollten zwei Versammlungen tagen, in Urberach und Oberode. Erstere konnte jedoch nicht stattfinden in Folge eines Irrthums. Zwei Stunden nach der von uns arrangirten Versammlung sollte nämlich eine Versammlung der Metallarbeiter stattfinden; erstere war durch Plakate, letztere durch Annonce bekannt gegeben und war man daher allseits der Ansicht im Orte, daß es ein und dieselbe Versammlung sei und waren deshalb die Versammlungsbesucher zu spät erschienen. In Oberode war der Besuch der Versammlung den Verhältnissen entsprechend bescheiden.

Die Versammlung in Fehrenheim am 9. Mai war glänzend besucht und wurden auch 40 neue Mitglieder gewonnen. Jedoch hoffen wir, daß dieser greifbare direkte Erfolg nicht der einzige ist, erwarten vielmehr, daß die bisherigen, sowie die neu gewonnenen Mitglieder weiter werden werden für unseren Verband,

